

14.10.77

Schicksal des Marler Mülls entscheidet sich im Kreistag

Kompostwerk wenig Chancen / Aller Müll nach Herten?

Kreis. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die endgültige Entscheidung über die Zukunft Marler Mülls — beziehungsweise des von der Stadt Marl gewünschten Kompostwerkes — wird am 4. November im Kreistag fallen. Das versprochen am Mittwoch die Mitglieder des Kreisbauausschusses in ihrer Sitzung in Gladbeck. Der Vorschlag der Verwaltung, auf ein Kompostwerk in Marl zu verzichten und auch die Städte Marl und Castrop-Rauxel durch das geplante Rohstoff-Rückgewinnungszentrum in Herten Süd entsorgen zu lassen, wurde jedoch auch von den Politikern favorisiert.

Nach Ansicht der Verwaltung ist eine zentrale Entsorgungsanlage in Herten nur unter der Einbeziehung der Städte Marl und Castrop-Rauxel in der Lage, zu einem wirtschaftlich vertretbaren Preis zu arbeiten. Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, der mit der Planung beauftragt ist, nennt unter den Voraussetzungen für die Beseitigung einer Tonne Hausmüll oder hausmüllähnlicher Stoffe den Maximalpreis von 45 DM.

Wie der SVR weiter ausführt, kostet der Mülltransport nach Herten die Stadt Marl nach einem Angebot einer Spezialfirma rund 13 DM/t. Diesem Endbetrag von 58 DM stünde ein Angebot der Thyssen-Energie von 58,30 DM ohne Rückvergütung für Kompostabsatz ge-

genüber. In diesen 13 DM/t für Transport sei auch die schlüsselfertige Erstellung einer Umladestation erhalten, ein zusätzlicher Service auch für Kleinanlieferer, die dort ihren Müll ebenfalls loswerden können.

Daß eine solch aufwendige Anlage, wie das Rohstoffrückgewinnungszentrum, die Müllentsorgung teurer macht, befürchteten auch die Politiker. Kreisoberbaudirektor Machnik warnte jedoch davor, von einer doppelt so hohen Belastung für die einzelnen Bürger zu sprechen. Immerhin würden die Kosten, die jetzt durch die einzelnen städtischen Fuhrparke entstünden, ganz erheblich gesenkt.

Allerdings sollte eine Lösung gefunden werden, bei der jeder Bür-

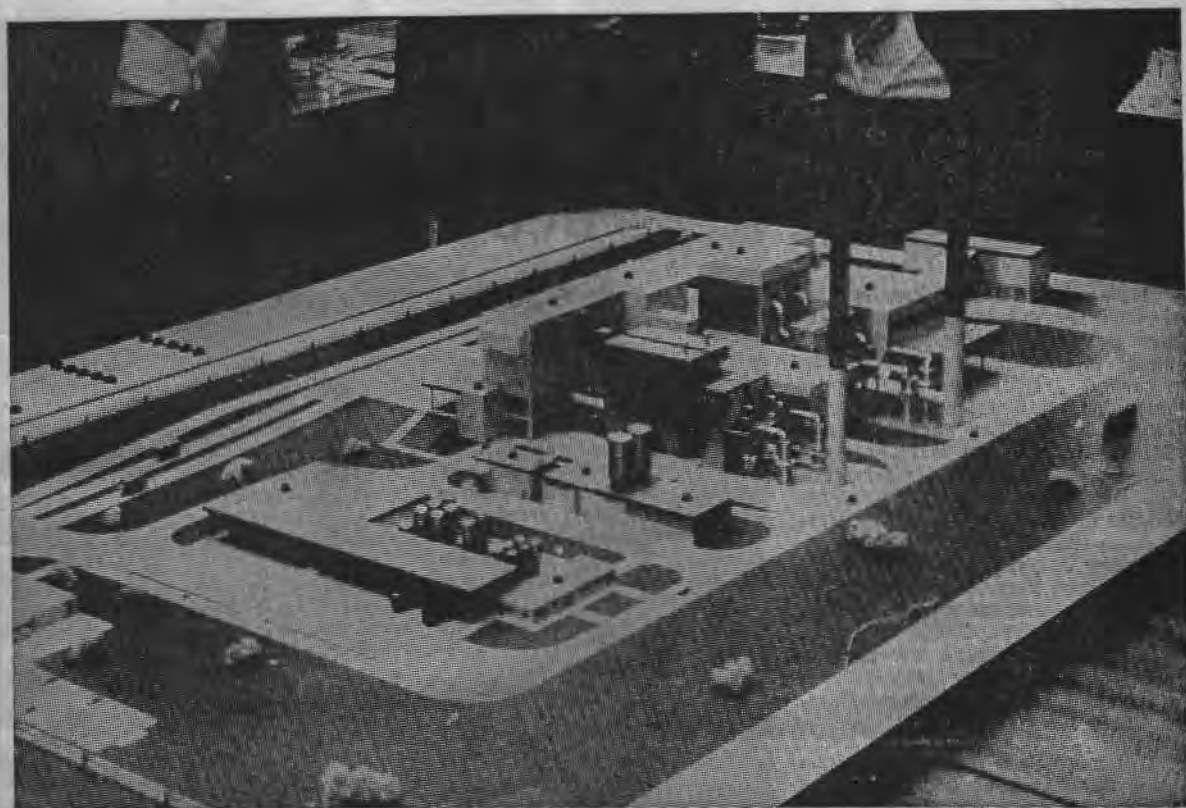
ger im Kreis, egal, wie weit er von der Entsorgungsanlage entfernt wohne, denselben Preis zahlen müsse. Ein solcher Eintrittspreis sei aber in der Rechtslage noch umstritten. Eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Essen wird jedoch in Kürze erwartet.

Gegen ein Kompostwerk in Marl spräche auch noch, so betonte der Beiratsvertreter des Ruhrsiedlungsverbandes, von Wickeren, daß der produzierte Kompost schwierig abzusetzen sei. Land- und Forstwirtschaft schiedien dabei aus den unterschiedlichsten Gründen als Abnehmer aus. Und selbst wenn der Kompost in die Haard transportiert würde, entstünden dadurch noch erhebliche Kosten.

Im Gegensatz zum Kompostwerk könnte in der geplanten Anlage in Herten außer Hausmüll und Industrieabfälle auch Krankenhausabfälle beseitigt werden.

Die Frage nach den zu erwartenden Immissionswerten beantwortete van Wickeren mit dem Hinweis, schon zu der Zeit, als die Anlage in Herten noch als reine Verbrennungsanlage geplant gewesen sei, mit einer veranschlagten Kapazität von 900 000 Jahrestonnen, hätten die TÜV-Gutachten erwiesen, daß die Immissionswerte unter der gesetzlich vorgeschriebenen Grenze bleiben würden. Die Kapazität des RZR würde jedoch in der ersten Ausbaustufe nicht einmal 300 000 Jahrestonnen erreichen.

-ggg



Das Modell des geplanten Rohstoffrückgewinnungszentrums Ruhr in Herten Süd, wie es sich in der ersten Ausbaustufe darstellen wird.

1.8.75

„Müllpläne“ der Regierung belasten vor allem den Kreis Recklinghausen

Hausmüll, Industriemüll und Krankenhausmüll nach Herten / Kompostwerk in Marl

Kreis. Mit einem Investitionsaufwand von über 100 Millionen DM soll bis 1985 die Hausmüllbeseitigung im Regierungsbezirk Münster neu organisiert werden, wobei Betriebs- und andere Kosten noch nicht enthalten sind. Dies teilte gestern in Münster Regierungspräsident Dr. Egbert Möcklinghoff mit, als er seinen Entwurf eines Abfallbeseitigungsplanes vorlegte. Zuständig für die Beseitigung von Abfällen sind die Kreise und kreisfreien Städte, so daß Dr. Möcklinghoff seinen Plan als den „Versuch einer Koordination“ angesehen wissen will. Der Kreis Recklinghausen spielt in diesem Plan eine herausragende Rolle.

Im Bereich des Hausmülls und des hausmüllähnlichen Gewerbemülls waren bisher fast ausschließlich Müllkippen als Sammelstellen in Betrieb. Die am 1. Januar 1974 noch bestehenden 78 Müllkippen sind bereits jetzt auf 29 reduziert worden. Der Plan sieht weitere Rationalisierungen vor. Für 1976 ergibt sich im Kreis Recklinghausen folgendes Bild: Marl-Sinsen (neu seit dem 1. April 1975) mit 200 000 cbm. Die Anlage wird in drei Jahren verfüllt sein. Castrop-Rauxel (Döniger Heide) mit 250 000 cbm. Datteln-Löringhoff (wird Anfang September in Betrieb genommen) mit 2,4 Mio. cbm. Stadt Dorsten entsorgt nach Galen/Schermbeck. Recklinghausen/Herten bringt den Müll zur Zentraldeponie Emscherbruch.

Das Planungsziel für 1976 weist im gesamten Regierungsbezirk nur noch 16 Deponien aus mit einem Gesamtfassungsvermögen von 44,5 Mio. cbm. Theoretisch würde das Aufnahmevermögen der Deponien für mehr als 30 Jahre ausreichen. Für kleinere Anlagen muß dennoch Ersatz geschaffen werden, so daß die Pläne für 1980 bereits zahlreiche Veränderungen enthalten, die besonders einschneidend den Kreis betreffen.

Vorgesehen ist nämlich bis dahin die Inbetriebnahme einer Hausmüll-Verbrennungsanlage in Her-

ten mit einer Kapazität von 250 000 Tonnen im Jahr. Städte im Regierungsbezirk Münster und aus dem angrenzenden Bezirk Arnsberg mit einem Einzugsgebiet von einer Million Einwohnern sollen dann nach Herten entsorgen. Außerdem ist für Marl ein Kompostwerk (50 000 Jahrestonnen) geplant.

Regierungspräsident: Demokratie muß sich bewähren

Da laut Umfrageergebnis bei den Krankenhäusern weit mehr als 50 Prozent der Häuser nur über unzureichende Verbrennungsanlagen verfügen, plant die Regierung langfristig außerdem zwei zentrale Müllverbrennungsanlagen für pathologischen Müll. Sie sollen am Klinikum Münster und am Elisabeth-Hospital Herten entstehen und eine Kapazität von je einer Tonne pro Stunde haben.

Ein Sprecher des Gewerbeaufsichtsamtes betonte, daß im Hinblick auf die geplante Konzentration von Verbrennungsanlagen in Herten zur Zeit umfangreiche Messungen durchgeführt würden, um vor allem die Vorbelastung festzustellen. Herten habe sich, so Regierungsbaudirektor Brautlecht, insofern als idealer Standort erwie-

Herten soll nach den Vorstellungen der Bezirksregierung aber auch das Zentrum für die Beseitigung von Industriemüll und Krankenhausmüll werden. So sollen allein 190 000 Tonnen Industriemüll pro Jahr in Herten Süd in einer von der GMU (Gelsenberg-Mannesmann-Umweltschutz) geplanten Anlage vernichtet werden. Herten soll dabei — genaue Pläne werden nach den Ferien vorgestellt — auch Kernstück eines Rohstoff-Rückgewinnungs-Zentrums Ruhr werden. Sammelstellen und Aufbereitungsanlagen für diese Sonderabfälle sind in Münster, Borken, Recklinghausen, Bottrop und Gelsenkirchen/Herten geplant.

sen, als jede Wohnbebauung 800 m entfernt sei, die Transportwege günstig lägen, Abwässer in die Emscher geleitet werden könnten und genügend Abnehmer für die Verwertung der anfallenden Wärmeenergie vorhanden seien.

Auf zu erwartende Proteste aus der Bürgerschaft der Stadt Herten und des Kreises Recklinghausen angesprochen, erklärte Regierungspräsident Dr. Möcklinghoff, daß sich hier die Demokratie bewähren müsse. Man stehe vor dem Problem, daß der Müll weg müsse, jedoch niemand ihn haben wolle. „Die grundsätzliche Bedeutung dieses Problems ist scheinbar noch nicht richtig erkannt worden.“ Nach Meinung der Bezirksregierung handelt es sich hier um einen Entwurf, der akzeptiert werden kann.

Die „Knochenmühle“ drückt keinen Gestank in die Luft

Ansiedlung geht nicht an Hertener-Süd vorbei

HERTEN. Die Bürger im Hertener Süden werden sich wohl an den Gedanken gewöhnen müssen, daß die umstrittene „Knochenmühle“ der Berliner Chemiekonzern Scheidemandel AG im Industriegelände gebaut wird. Während des Anhörungstermins gestern im großen Sitzungssaal des Rathauses versuchte der Vertreter der Berliner Firma plausibel zu machen, daß die Ansiedlung neben der schon vorhandenen Hühnerfarm keine weitere Geruchsbelästigung darstelle. Die Argumente hatten vorher die mit der Genehmigung betraute Bezirksregierung in Münster überzeugt, denn von dort kam die Zustimmung für die „Knochenmühle“.

Dr. Steinkopf von der Scheidemandel AG erläuterte während des Anhörungstermins technischen Aufbau der Anla-

ge. Das geplante Entwässerungsverfahren ist bisher ohne Beispiel und in Ansätzen nur in einer Firma im holländi-

schen Delft verwirklicht. Die frischen Knochen — nur solche können verwendet werden — werden dabei das Wasser und andere Stoffe entzogen bis ein Pulver entsteht — Grundlage für jene Gelatine aus der u. a. Glutimleime hergestellt werden.

Die Fabrik besteht aus einer luftdicht abgeschlossenen zweigeteilten Halle. Der Beschickungsraum ist durch einen Luftvorhang auch hermetisch abgeschlossen, wenn das Tor beim Hereinfahren von Containerfahrzeugen kurzzeitig geöffnet wird. Die ebenfalls luftdicht abgeschlossenen Container werden in Schrägmulden entleert und fahren dann sofort zur Waschanlage, wo sie gesäubert werden.

Der Fabrikationsraum ist mit einer sechsfachen Absaugvorrichtung ausgerüstet, die die beim Arbeitsvorgang entstehenden Dämpfe auffängt und vernichtet. Die geruchsfreien Gase werden über einen 50 Meter hohen Schornstein „an die Luft gesetzt“. Die Abwässer gelangen durch ein geschlossenes Rohr bis direkt an die Emscher.

Abschlägig

Die Zusammensetzung der Gase kollidiert nicht mit den Bestimmungen des Immissionschutzgesetzes. Die besorgte Frage von Vertretern der SPD-Fraktion, ob die Gase der Knochenmühle mit der Geruchsbelästigung der Hühnerfarm gemeinsam nicht den Grenzwert weit hinter sich lassen könnten, beantwortete der Vertreter des Immissions- und Bodenschutzamtes in Essen abschlägig.

Die Einstellung der von der Neuansiedlung tangierten Mitarbeiter umriß Rudi Turinski vom Danziger Ring während des Anhörungstermins: „Wenn es durch die Knochenmühle zu einer Belästigung kommt, ist der Unmut der Bevölkerung nicht mehr zu bremsen.“ Stre

BÜRGERINITIATIVE „HALDE“

informiert:

Liebe Mitbürger der Stadt Herten!

BEI 90 METER HALDENDRECK - DA FLIEGT DER STAUB BIS SCHERLEBECK

Am 12.12.1980 findet in der Gaststätte Christ, Herner Str. 66
eine Versammlung der Bürgerinitiative " Halde " statt.

1900h

HIERZU LADEN WIR ALLE BÜRGER HERTENS HERZLICH EIN.

Denn die Haldenplanung ist nicht nur ein Problem des Hertener Südens,
sondern es geht uns alle an.

AUCH SIE

Wir wollen:

DASS HERTEN EINE STADT IM GRÜNEN BLEIBT

und nicht Europas größter Müll- und Haldenplatz.

Wir fordern:

KLARES NEIN ZUR HALDENPLANUNG

EIN GUTACHTEN FÜR HERTEN

Noch Leben wir im Grünen, und unsere Kinder und Enkel sollen es auch.

HELFFEN SIE BITTE MIT - DENN ES KOMMT AUF JEDE STIMME AN

Bürgerinitiative "Halde"